



Wahlprüfsteine des DEAB zur Landtagswahl 2016

1. Grundsätze der Entwicklungspolitik: eine nachhaltige Entwicklung weltweit vorantreiben

Die Entwicklungspolitik des Landes soll sich an dem Ziel orientieren, die weltweite Achtung der Menschenrechte und des Rechtes auf Entwicklung für alle durchzusetzen und eine nachhaltige Entwicklung in Nord und Süd voranzutreiben. Im Sinne der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes wirbt die Landesregierung bei allen Bürger*innen und gesellschaftlichen Gruppen um Unterstützung für dieses Anliegen.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

2. Strukturen der Entwicklungspolitik: zivilgesellschaftliches Engagement unterstützen

Die zahlreichen qualifizierten und sehr aktiven entwicklungspolitischen Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft in Baden-Württemberg sollen durch die Landesregierung in ihrer Arbeit unterstützt und gestärkt werden, damit sie sich umfassend in die politische Meinungsbildung und Mitgestaltung einbringen können. Die bestehenden Schnittstellen zwischen Landespolitik und Zivilgesellschaft sollen weiter ausgebaut, Fördertöpfe möglichst bedarfsgerecht ausgestattet werden.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

3. Eine Welt-Promotor*innenprogramm: konsolidieren und ausbauen

Mit dem Eine Welt-Promotor*innenprogramm wurde ein flächendeckendes und fachlich differenziertes Angebot geschaffen, das bürgerschaftliches entwicklungspolitisches Engagement in Baden-Württemberg unterstützt und neue Impulse setzt. Es soll in Baden-Württemberg, entsprechend dem Rahmenkonzept, auf eine Promotor*innenstelle pro 650.000 Einwohner*innen aufgestockt werden.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

4. Migration & Entwicklung: Teilhabe von Migrant*innenorganisationen gewährleisten

Die Landesregierung soll sich dafür einsetzen, die Expertise und jahrzehntelange Erfahrung von Migrant*innen und diasporischen Gruppen in allen Bereichen der Entwicklungspolitik des Landes mit einzubeziehen. Als Grundlage für eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Migrant*innen-Organisationen soll das Land die kritische Auseinandersetzung mit bestehenden Machtstrukturen und Ausgrenzungsmechanismen fördern.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

5. **Globales Lernen: für alle, überall und jetzt umsetzen**

Globales Lernen ist eine unabdingbare Grundlage für bürgerschaftliches Engagement im Sinne einer global nachhaltigen Entwicklung. Deshalb soll die Landesregierung Globales Lernen durch den Ausbau des Entwicklungspädagogischen Informationszentrums in Reutlingen, die Förderung globaler Klassenzimmer in der Fläche und durch eine Rahmenvereinbarung des Kultusministeriums mit dem DEAB und anderen Verbänden über die Kooperation von außerschulischen Akteuren mit Schulen stärken.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

6. **Friedenssicherung: Initiativen für Abrüstung und Friedensbildung unterstützen**

Die Landesregierung soll die Friedensbildung in Baden-Württemberg stärken, indem sie die Servicestelle Friedensbildung institutionell absichert und Fördermittel für die Arbeit von Multiplikator*innen zur Verfügung stellt. Sie soll einen Dialogprozess über Rüstungskonversion unter Beteiligung der Unternehmen und der Zivilgesellschaft initiieren und sich auf Bundesebene für ein Verbot deutscher Rüstungsexporte in Entwicklungsländer einsetzen.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

7. **Fairer Handel: Weltläden unterstützen und bekannter machen**

Die Landesregierung soll eine landesweite Kampagne der entwicklungspolitischen Akteur*innen zum Fairen Handel unterstützen. Damit werden die Bekanntheit und Reichweite des Fairen Handels erhöht und das vielfältige bürgerschaftliche Engagement in den Weltläden sichtbar gemacht. Mit einem Wirtschaftsförderprogramm soll die Landesregierung die Gründung und den Ausbau von Weltläden und die Arbeit der Importorganisationen des Fairen Handels fördern.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

8. **Sozial verantwortliche Beschaffung: durch Schulung und Öffentlichkeitsarbeit voranbringen**

Die Landesregierung soll die sozial verantwortliche Beschaffung im Sinne der Verwaltungsvorschrift Beschaffung konsequent umsetzen und sie auch auf kommunaler Ebene stärken. Sie soll konkrete Zielsetzungen formulieren, regelmäßige Umsetzungsberichte vorlegen und für ausreichende Schulungs-, Beratungs- und Servicekapazitäten für Beschaffer*innen sorgen. Im Sinne seiner Vorbildrolle muss das Land seine Aktivitäten im Bereich verantwortlicher Beschaffung öffentlich gut sichtbar darstellen.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

9. **Wirtschaft & Menschenrechte: Unternehmensverantwortung verbindlich durchsetzen**

Das Land soll zu einer verbindlichen Verankerung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte beitragen: Die Wahrung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten entsprechend den Leitlinien soll für Unternehmen mit Landesbeteiligung ebenso verpflichtend werden wie in der Außenwirtschaftsförderung des Landes. Auch auf Bundesebene soll sich die Landesregierung für eine wirkungsvolle und verbindliche Umsetzung der Leitprinzipien einsetzen.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

10. **Internationale Handelspolitik: Demokratie, Sozial- und Umweltstandards sichern**

Die Landesregierung soll für einen Paradigmenwechsel in der Handels-, Investitions- und Rohstoffpolitik eintreten, der der Verwirklichung der Menschenrechte, dem Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und dem Recht auf selbstbestimmte Entwicklung verbindlich und durchsetzbar Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen gibt. Das Recht auf demokratisch legitimierte Gesetzgebung und Regulierung im öffentlichen Interesse ist unverhandelbar und muss uneingeschränkt erhalten werden.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

11. **Entwicklung in Partnerschaft: Begegnung auf Augenhöhe gewährleisten**

Die Landesregierung soll die Erfahrungen der Zivilgesellschaft bei der Gestaltung der Landes-Partnerschaften, darunter auch der mit Burundi, in einem strukturierten Dialog aufnehmen und dabei ihrerseits ihre Erfahrungen aus den Landes-Partnerschaften einbringen. Entwicklungspolitische Inlandsarbeit und Partnerschaftsprojekte im Ausland sind zwei Seiten derselben Medaille, die beide gleichmäßig finanziell abzusichern sind.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

12. **Flucht & Migration: Einwanderung ermöglichen und Fluchtursachen bekämpfen**

Die Landesregierung soll sich auf europäischer Ebene für die Abschaffung des Dublin-Systems und die Bereitstellung legaler und sicherer Einreisewege für Flüchtlinge einsetzen. An die Stelle der europäischen Abschottungspolitik muss eine Politik treten, die Fluchtursachen konsequent beseitigt, indem sie Menschen weltweit befähigt, ein auskömmliches Leben in Frieden und Gerechtigkeit zu führen.

Ich stimme **voll** zu Ich stimme **teilweise** zu Ich stimme **nicht** zu

Grundlage der Wahlprüfsteine ist das Positionspapier des DEAB zur Landtagswahl „In gemeinsamer Verantwortung für die Eine Welt“ vom September 2015:

http://www.deab.de/web/cms/front_content.php?idart=985

Bitte senden Sie die Wahlprüfsteine bis spätestens **12. Februar 2016** zurück an info@deab.de.

Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) e.V.
Vogelsangstraße 62, 70197 Stuttgart, info@deab.de, www.deab.de

Name:

Wahlkreis:

E-Mail: